

Airlines wollen Schallschutz nicht alleine bezahlen

Frankfurt. Die Fluggesellschaften wollen beim passiven Schallschutz rund um den Frankfurter Flughafen stärker mitreden und ihn vor allem nicht alleine bezahlen. Bislang heiße es, dass die Airlines nicht direkt betroffen seien, erklärte der Generalsekretär des Verbandes BARIG, Martin Gaebges. Die Mitglieder – 103 nach Deutschland fliegende Gesellschaften – befürchteten aber, dass sie erneut zur Kasse gebeten werden sollen. Es msstn aber die bereits getätigten Investitionen in den aktiven Schallschutz – also Veränderungen an den Flugzeugen – berücksichtigt werden.

Gaebges forderte die Einrichtung des bereits vor vier Jahren beschlossenen Expertengremiums „Passiver Schallschutz“, das es bis heute nicht gebe. Daran wolle sich BARIG wie bereits bei dem parallelen Gremium für den aktiven Schallschutz beteiligen. Für die Kosten sollten alle aufkommen, die vom Frankfurter Flughafen profitierten.

Die hessische Landesregierung plant eine Lärmschutzverordnung mit vergleichsweise niedrigen Belastungswerten, aus der sich Kosten von zusammen rund 150 Millionen Euro ergeben. Statt rund 60.000 Flughafenwohner sollen nach der schärferen Richtlinie rund 120.000 Bürger Anspruch auf Schallschutzfenster und andere Schutzvorrichtungen erhalten. Fraport hat bereits angekündigt, die Kosten an die Fluggesellschaften weitergeben zu wollen. *lbe*

MKK klagt gegen Flugrouten

Hanau. Der Main-Kinzig-Kreis klagt gegen die abgesenkten Flugrouten zum Frankfurter Flughafen. Die Kommunalpolitiker wollen mit dem Schritt ein modernes Anflugverfahren durchsetzen, das die Lärmbelastung verringert, teilten die Verantwortlichen nach einem Beschluss des Kreisausschusses mit.

Seit Mitte März sei jedoch das Gegenteil eingetreten. Im Zusammenhang mit der neuen Landebahn Nordwest flgen die Jets zwischen Gelnhausen und Hanau nur noch etwa in 1000 bis 1300 Metern Höhe. Auch die Stadt Wiesbaden hatte unter anderem bereits gefordert, neue Flughöhen festzulegen. „Das Bundesamt für Flugsicherung hat diese An- und Abflugverfahren nach den Vorschlägen der Deutschen Flugsicherung geregelt“, sagte Landrat Erich Pipa (SPD). Es gebe aber schonendere Anflugverfahren. Die Verringerung um 300 Meter bedeutet nach Darstellung von Flughafen-Gegnern eine Verdoppelung des Krachs.

Die Bürgermeister des Kreises fordern ein leiseres (CDA-/Anflugverfahren im Gleitschiffverfahren für den Flughafen – wie es etwa die Piloten auch am Flughafen London Heathrow machen. Zudem signalisierten sie ihre Zustimmung für eine Studie für ein alternatives Anflugverfahren. Die neue Nordwestlandebahn – der Grund für die Änderungen – soll am 21. Oktober auf Deutschlands größtem Flughafen in Betrieb gehen. *lbe*

Darmstädter reden bei Haushalt mit

OB Partsch stellt Sparpläne bei Bürgerversammlung zur Diskussion

Noch vor wenigen Wochen stand Darmstadt vor der Pleite. Jetzt weist Oberbürgermeister Jochen Partsch der Stadt einen Weg in die Zukunft. Seine Zielvorgaben lauten Effizienz und Transparenz. Er will sogar die Bürger an den Haushaltsberatungen beteiligen. Doch der Schuldenberg ist gewaltig.

■ Von Christiane Warnecke

Darmstadt. Die Springbrunnen sprudeln, die Fahnen wehen im Wind, Cafbesucher nippen an ihrem Cappuccino, Passanten schleppen Tten vorbei und die „Ludewig“-Statue thront unerschütterlich in der Mitte des Luisenplatzes. Von der Finanzklemme, in der Hessens viertgrößte Stadt steckt, ist hier nichts zu spüren. Doch die Menschen sind beunruhigt.

„Die Vereine können zwar jetzt damit rechnen, dass die Zuschüsse erst mal weitergezahlt werden, aber keiner weit, wie es in zwei oder drei Jahren aussieht“, sagt der Darmstädter Helmut K. Nervosität macht sich auch im Rathaus breit. Denn schon jetzt ist klar, dass Personal abgebaut wird, aber wo und wie viel ist noch offen. „Alles ist

Die Beschaffungspraxis bei der Polizei steht seit Jahren in der Kritik – jetzt drohen Konsequenzen

Seit Jahren sorgt ein hessisches Polizeipräsidium für negative Schlagzeilen. Von unkontrolliertem Geldausgeben ist die Rede, von schlampiger Organisation, sogar von grob rechtswidrigem Handeln. Jetzt reicht's: Innenminister Boris Rhein will aufräumen. Nicht ausgeschlossen, dass die 400-Mann-Behörde dichtgemacht wird.

■ Von Thomas Ruhmüller

Wiesbaden. Letztens haben sie wieder ein Auto gekauft. Einfach so, ohne Ausschreibung. „Freihndig“ heißt im Verwaltungsdeutsch diese Form des flotten Behörden-Shoppens: Beim Nissan-Händler gleich um die Ecke, in unmittelbarer Nachbarschaft zur hessischen Bereitschaftspolizei, holten sie das Fahrzeug ab. 25.262,68 Euro blättern sie dafür hin.

Zehn Tage vorher musste ein neuer VW her. Auch hier sparte man sich Preisvergleiche. „Freihndig“ wurden mal eben 42.162,03 Euro fällig.

Am gleichen Tag wurde auch noch ein Mercedes-Benz-Kastenwagen gekauft. Netto-Preis: 56.368,66 Euro. Eine Ausschreibung, bei der zuvor die günstigsten Angebote eingeholt werden, gab's auch diesmal nicht. Man kennt sich schließlich, das Autohaus in Wiesbaden liegt nur ein paar hundert Meter von der polizeilichen Beschaffungsbehrde entfernt. ...

Hemmungslose Geschäfte

Es ist die Polizei-Dienststelle mit dem sperrigen Namen „Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung“ (kurz „PTLV“ genannt), geleitet von Prsident Alfred Kayser („eine erfahrene Fhrungspersonlichkeit mit einem breiten Erfahrungsfundus“, so der damalige Innenminister Volker Bouffier), die seit Jahren berühmt-berüchtigt ist für hemmungsloses Geldausgeben bei gleichzeitig äußerst schlampiger Buchführung.

Bouffier hat als oberster Dienstherr den Laden nie in den Griff gekriegt; seinem Nachfolger Boris Rhein hinterließ er eine 400-Mann-Behörde, die sich immer wieder gerrdet, als stnde sie außerhalb jeder Kontrolle und weit über allen gesetzlichen Vorgaben. Das hat der Rechnungshof wiederholt moniert, das hat ein Gericht beschäftigt und einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, und das empört regelmäßig die Opposition im hessischen Landtag. Genutzt hat's wenig, das PTLV schien immun zu sein gegen alle Forderungen nach rechtmäßigem Handeln und Einhalten von Behrdenvorschriften.

Rügen vom Rechnungshof

Boris Rhein will sich das offenbar nicht länger bieten lassen. In seinem Innenministerium liegen Pläne für eine großangelegte Untersuchung: Organisation, Arbeitsabläufe, Mitarbeiter – das ganze PTLV soll auf den Prüfstand gestellt werden.



Arbeiten in idyllischer Umgebung: Das Polizeipräsidium für Technik, Logistik und Verwaltung hat seinen Sitz in einer Wiesbadener Villa. Foto: Paul Mller

den. Auf Nachfrage dieser Zeitung erklärte der Minister: „Es stimmt. Wir werden die Behörde durchleuchten. Und am Ende ergebnisoffen entscheiden.“ Heißt: „Auch eine Schließung ist natürlich nicht ausgeschlossen.“

Ein endgültiges Aus – es käme nicht sonderlich überraschend. Erst vor wenigen Wochen hatte der Rechnungshof den Stab über die Behörde gebrochen: Bei der Vergabe von Aufträgen sei gegen rechtliche Vorgaben verstoßen worden – nicht ab und zu mal, nein: „berwiegend“. Entscheidungen seien nicht korrekt und schon gar nicht vollständig dokumentiert, vielfach seien sie nicht mal ordnungsgemäß unterschrieben worden. „Grob rechtswidrig“ sei all das, tobte daraufhin die innenpolitische Sprecherin der SPD im Landtag, die Juristin Nancy Faeser.

Unvollständige Unterlagen

Absatzweise liest sich der Rapport der Rechnungsprüfer wie ein bel-launiger Bericht aus einer Bananenrepublik. Das PTLV habe auf Teufel-komm-raus bestellt: Motorradhelme, Autoreifen, Handschellen, Videorekorder, Schirmmtzen, Laptoptaschen – stets ohne Ausschreibung, oftmals nur mit der lapidaren Begründung, zur Beschaffung komme nur ein einziges Unternehmen in Frage.

Eine Anwaltskanzlei wurde von der Behörde engagiert – ohne Vergleichsangebote einzuholen, dafür mit der Erklärung, die Kanzlei sei

in der Vergangenheit stets „kooperativ und motiviert“ gewesen. Wen wundert's? Der neue Auftrag brachte den Anwltern über 100.000 Euro netto ein. ...

In den polizeilichen Bekleidungsagars waren Unterlagen unvollständig, Unterschriften fehlten, einige Bedienstete überprüften regelmäßig sich selbst. Da kapitulierten selbst die Rechnungsprüfer: „Wegen der festgestellten Mängel war eine Überprüfung der Inventur nicht möglich.“

Forderung klaglos erfüllt

Und so weiter und so fort. Ein krasse Beispiel noch: Zwei Fahrzeuge wurden gekauft und sollten umgebaut werden. Die Autos kosteten 95.000 Euro. Ein „ortsnaher Betrieb“ legte ein Angebot für die Vorplanungen des Umbaus vor: 9460,50 Euro sollte das kosten. Abrechnen tat der Betrieb 25.800 Euro, was eine satte Preissteigerung von 173 Prozent ausmachte. Der Umbau der Fahrzeuge sollte laut Angebot weitere 158.539 Euro kosten, einen Monat später legte der Fahrzeugbauer seine Rechnung vor: Jetzt verlangte er 243.600 Euro. Er hat sein Geld gekriegt, natürlich. ...

Konsequenzen aus dem Bericht der Rechnungsprüfer? Maßnahmen? Reaktionen? Unbekannt. Es geht bis heute weiter, immerzu: Ende Juni bekam ein Hofheimer Reifenhändler „freihändig“ den Auftrag, Reifen von Polizeifahrzeugen aus Frankfurt zu montieren, zu lagern und zu entsorgen. Dafür darf

er 77.500 Euro in Rechnung stellen.

Am 24. Juni bekam ein Unternehmen im westfälischen Münster vom PTLV Hessen gleich zwei dicke Aufträge: Erst wurden „freihändig“ 120 Kleinstfunkgerte geordert – Wert: 54.354 Euro. Und dann wurden, am gleichen Tag, auch noch 120 Hr-Sprech-Garnituren angefordert – Wert: 93.943,80 Euro.

Schwer nachvollziehbar, warum sich die Behörde seit Jahr und Tag ungestraft mit derart undurchschaubarem Geschäftsgebaren durchwursteln kann. Nur einmal gab es ein böses Erwachen: Allzu dreist waren die Selbstberechnungsaktionen eines Beamten vor exakt zehn Jahren. Der Schaden ging in die Hunderttausende, ein Gericht verhängte eine Haftstrafe von fast vier Jahren.

Vernichtende Kritiken

Um die Hintergründe des Korruptionsskandals aufzuarbeiten, wurde seinerzeit ein Untersuchungsausschuss eingesetzt. Es änderte sich nichts.

In den Jahren 2005 und 2008 schrieb der Rechnungshof vernichtende Kritiken: Keine geordnete Aktenführung, gravierende Mängel bei Ausschreibungen und Vergaben, keine nachvollziehbaren Anweisungen über Zeichnungsbefugnisse, eine katastrophale Lagerhaltung. ... Es änderte sich nichts.

Damals war Volker Bouffier Chef der übergeordneten Innenbehrde. Er hatte das PTLV ins Leben gerufen, Besserung war also unter ihm

kaum zu erwarten. Zuletzt hatte er den jetzigen Präsidenten ins Amt gehievt: Alfred Kayser hatte zuvor für die CDU eine aussichtslose Kandidatur um das Amt des Offenbacher Oberbürgermeisters absolviert. Seine Beförderung ins lukrative Präsidentenamt wurde vielfach als Zeichen des Dankes seines später Ministerpräsidenten gewertet.

Ein Fall für externe Prüfer?

Jetzt ist Boris Rhein Innenminister. Kriegt er das Präsidium in den Griff, wird er es schaffen, in der Behörde aufzuräumen?

Im Ministerium überlegt man, eine externe Agentur mit der Untersuchung der Behörde zu beauftragen.

„Wir werden die Arbeit in dem Präsidium genauestens analysieren“, sagte Rhein dieser Zeitung. Organisation, Arbeitsprozesse, Strukturen, Schwachstellen, Abgrenzung zu anderen Beschaffungsstellen in Hessen – das ganze Arsenal wird ausgepackt. Von wem? „Den Auftrag schreiben wir natürlich europaweit aus“, so Rhein, jeder einzelne Schritt werde transparent gemacht, „spätestens Mitte 2012 sollten Ergebnisse vorliegen.“

Und dann wird entschieden. „Vielleicht müssen wir umstrukturieren. Vielleicht müssen wir Aufgaben neu verteilen“, sagt Rhein. „Aber vielleicht brauchen wir die Behörde in dieser Form auch gar nicht mehr.“ Das Ende der Skandalbehrde – nichts ist jetzt mehr ausgeschlossen.

Taschendiebe auf Senioren-Jagd

Dieburg. Eine vor allem auf ältere Opfer spezialisierte Bande von Taschendieben ist der Polizei ins Netz gegangen. Die Taten wurden in ganz Südhessen begangen, der Schaden liegt über 100.000 Euro. Drei Männern und einer Frau wird vorgeworfen, in Lebensmitteldiscountern vor allem ältere Menschen bestohlen zu haben. Geschickt lenkten sie ihre Opfer ab und nahmen ihnen die Geldbörsen weg. Die Täter erbeuteten dabei auch EC- und Kreditkarten, mit denen an Bankautomaten Geld abgehoben wurde. Als Haupttäter gilt ein 43-Jähriger, der in seiner Wohnung in Dieburg Beutegut hortete. Er kam in Untersuchungshaft. *lbe*

Polizisten als Cowboys

Alsbach-Hhnlein. Mit einem beherzten Griff ins Zaumzeug haben Polizisten Cowboy gespielt und im südhessischen Alsbach-Hhnlein zwei Pferde eingefangen. Die beiden Tiere waren am frühen Morgen auf der Straße herumgelaufen. Warum die Pferde – ein Haflinger und ein Hannoveraner – nicht im Stall oder auf der Koppel waren, war zunächst unklar. *lbe*

Vergewaltigung abgestritten

Fulda. Ein 22-Jähriger soll seine minderjährige Freundin immer wieder vergewaltigt und misshandelt haben. Wegen fast 90 Taten muss er sich vor dem Landgericht Fulda verantworten. Der Angeklagte soll sich zwischen September 2007 und März 2008 an seiner Freundin vergangen und sie gequält haben. Einmal habe das Mädchen vor Schmerzen kaum noch laufen können, sagte der Staatsanwalt. Beim ersten Geschlechtsverkehr soll das Opfer erst 13 Jahre alt gewesen sein. Dem Angeklagten wird zudem vorgeworfen, das Mädchen um Geld erpresst und ihre ganze Familie bedroht zu haben. Der 22-Jährige erklärte vor Gericht mit ruhiger Stimme, er habe das Mädchen zu keinem Zeitpunkt geschlagen oder vergewaltigt. *lbe*

Tipps zur Medienerziehung

Kassel. Kinder nehmen Medien anders wahr als Erwachsene – darauf hat die Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR) in Kassel hingewiesen. Erwa 120.000 Eltern von hessischen Erst- und Drittklsslern erhalten deshalb in dieser Woche ein Informationspaket zur Medienerziehung. Darin enthalten sind Tipps zur kindgerechten Nutzung von Fernsehen und Internet. So können die Eltern den Medienwnschen und Interessen ihrer Kinder kompetent begegnen. *lbe*

Protest gegen Bahnlärm

Kamp-Bornhofen. Die Bürgerbewegung gegen den Bahnlärm im Mittelrheintal trägt ihren Protest nach Wiesbaden. Sie will dem hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier (CDU) am kommenden Dienstag 329 Seiten an Beschwerden und Vorschlägen überreichen, heißt es in einer Mitteilung. Die Interessengemeinschaft „Bürgerinitiative im Mittelrheintal gegen Umweltschäden durch die Bahn“ fordert den Bau einer neuen Trasse außerhalb des Tals. *lbe*

Gas-Anschlag beschäftigt Gericht

Marburg. Wenige Stunden nach der Zwangsversteigerung seines Hauses soll ein Mann aus Mittelhessen versucht haben, das Gebäude in die Luft zu jagen – nun sitzt er auf der Anklagebank. Wegen versuchten Mordes muss sich der 64-Jährige vor dem Landgericht Marburg verantworten. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass der Landwirt im März eine Gasleitung beschädigte – und in Kauf nahm, dass bei einer Explosion Menschen sterben könnten. Zu Beginn des Prozesses schwieg der Angeklagte. Zu einer Explosion kam es aber nicht. Der Geruch des austretenden Gases wurde noch rechtzeitig entdeckt. *lbe*

Mittwochslooto

4, 10, 23, 27, 28, 39
Zusatzzahl: 1
Superszahl: 3
Spiel 77: 2778506
Super 6: 751564
 (ohne Gewähr)

Kassel-Calden soll jetzt nicht mehr teurer werden

Bei den Kosten für Kassel-Calden ist das Ende der Fahnenstange laut CDU-Finanzminister Thomas Schäfer erreicht. Die Grünen sind skeptisch und sprechen von „Irrsinn“.

Wiesbaden. Beim Flughafenbau in Kassel-Calden erwartet der hessische Finanzminister Thomas Schäfer „nach menschlichem Ermessen“ keine weiteren Kostensteigerungen. „Wir werden diesen Flughafen ausbauen, wir werden ihn fertigstellen“, sagte der CDU-Politiker im Haushaltsausschuss des Landtags. Der regionale Flughafen soll 2013 in Betrieb gehen.

Die Landesregierung hatte vor zwei Wochen eingeräumt, dass Kassel-Calden bis zu 271 Millionen Euro teuer werden kann. Neben den neu veranschlagten Kosten von 249 Millionen Euro hat das Land im Haushalt einen zusätzlichen Puffer von 22 Millionen eingeplanzt. Zuvor wurden die Kosten auf 225 Millionen Euro beziffert – in ersten Planungen war von nur rund 150 Millionen Euro die Rede gewesen.

Der Flughafen, der vom Land in Kooperation mit Stadt und Kreis Kassel sowie der Gemeinde Caldén gebaut wird, soll die regionale Wirt-

schaft stärken. Die neuen Mehrkosten übernimmt das Land, das an der Projektgesellschaft zu 68 Prozent beteiligt ist.

Schäfer begründete die höheren Kosten mit Verzögerungen beim Bau. Das Controlling werde mit Hilfe eines Wirtschaftsprfungsunternehmens intensiviert, um den festgesetzten Rahmen einzuhalten. Nach Angaben des Finanzministers laufen weiterhin „informelle Gespräche“ mit privaten Investoren, die sich eventuell am Airport beteiligen wollen.

Zuletzt hatte es geheißen, dass eine chinesische Fluggesellschaft an einem Einstieg in Kassel-Calden Interesse habe. Auch ohne private Beteiligung geht Schäfer davon aus, dass der Flughafen im Jahr 2017 schwarze Zahlen schreibt. An der Prognose von jährlich 500.000 bis 600.000 Passagieren werde festgehalten.

Die Grünen bezeichneten am Mittwoch das Projekt als „Irrsinn“, da sich die Kosten innerhalb von zehn Jahren mehr als verzehnfacht hätten. Die Linke sprach von einem „Nonsens-Projekt ohne Schuldenbremse“. Die SPD, die das Projekt grundsätzlich unterstützt, beklagte die mangelnde Kontrolle der Kosten. *lbe*



OB Jochen Partsch.